



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Voller Einsatz für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung“ (Drucksache 20/568)

Chancen der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont die Wichtigkeit, die durch den Bau der Festen Fehmarnbeltquerung entstehenden Chancen für die interregionale Zusammenarbeit, das Zusammenwachsen europäischer Regionen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen.

Für diese Entwicklungen ist insbesondere die fristgerechte Fertigstellung der verkehrlichen Anbindung auf schleswig-holsteinischer Seite wichtig. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Deutschen Bahn intensiv für eine Einhaltung der Zeitpläne zur Fertigstellung der Schienenanbindung einzusetzen und begrüßt, dass bereits konstruktive Gespräche zu einem beschleunigten Verfahren, insbesondere in Form einer partnerschaftlichen Projektabwicklung, der Schienenanbindung stattfinden.

Schleswig-Holstein darf nicht nur Durchfahrtsstation für die Verbindung der Metropolen Hamburg und Kopenhagen sein. Wir wollen die Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung entlang der Entwicklungsachsen der Festen Fehmarnbeltquerung aufgreifen und neue Wirtschaftsräume ermöglichen. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Schaffung neuer Gewerbeflächen in diesen Entwicklungsräumen von Seiten der Landesplanung unterstützt wird und begrüßt in diesem Zuge, dass die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung bereits als zukünftige wirtschaftliche Entwicklungsachse aufgenommen wurde.

Unser Ziel ist es, dass schleswig-holsteinische Unternehmen und unsere Hochschulen von Austausch und Zusammenarbeit, sowie der Standort Schleswig-Holstein von innovativen und hochwertigen Ansiedlungen profitieren. Das regionale Handwerk und Gewerbe sind ein wichtiger Bestandteil des Gelingens von Konversionsprozessen der Grenzregionen.

Der Landtag unterstützt die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für das Ziel, klimaneutrales Industrieland zu werden. Er betont, dass eine gute personelle Ausstattung aller an Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beteiligenden Behörden von Bedeutung ist.

Der Landtag sieht in der Digitalisierung der Antragsverfahren relevantes Potential zur Reduzierung der Bearbeitungszeiträume. Hierzu gehört priorisiert die digitale Einreichung und Auslegung von Planungsunterlagen. Der Landtag bittet die Landesregierung, Vorschläge zu machen, welche Rechtsgrundlagen für eine vollständig digitale Antragsbearbeitung angepasst werden müssen.

Lukas Kilian
und Fraktion

Oliver Brandt
und Fraktion